

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

STABILITÄT IN ZENTRALASIEN

■ ANALYSE

Stabilität in Zentralasien – Ein pessimistischer Blick aus Kasachstan
Von Bulat Sultanow, Almaty 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen und Indikatoren zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen 6

■ CHRONIK

12. Dezember 2015 – 22. Januar 2016 9
 Kasachstan 9
 Kirgistan 11
 Tadschikistan 13
 Turkmenistan 15
 Usbekistan 16



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Die Zentralasien-Analysen werden unterstützt von:

MANGOLD
Consulting

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Stabilität in Zentralasien – Ein pessimistischer Blick aus Kasachstan

Von Bulat Sultanow, Almaty

Zusammenfassung

Die Situation in den Staaten Zentralasiens ist derzeit durch wachsende sozioökonomische Probleme gekennzeichnet, die sich aus einem komplexen regionalen Zusammenhang ergeben (niedrige Ölpreise und sinkende Staatseinnahmen, schwächelnde Konjunktur, Russlandkrise). Die Führungen der Länder der Region haben bisher keine adäquaten Lösungen für Probleme wie steigende Lebenshaltungskosten, sinkende Reallöhne und Sozialtransfers sowie ausufernde Korruption anbieten können. Dies stellt nach Ansicht des Autors eine größere Gefahr für die Stabilität der Region dar, als üblicherweise genannte Sicherheitsrisiken wie internationaler Terrorismus oder religiöser Extremismus. Fehlende regionale Kooperation, ganz zu schweigen von Integration, und daraus resultierende ungelöste Wasser- und Grenzkonflikte verschärfen die zunehmend instabile Situation in Zentralasien noch.

Die politische und soziale Stabilität Zentralasiens scheint derzeit zunehmend in Gefahr. Dafür sind Sicherheitsrisiken wie internationaler Terrorismus, religiöser Extremismus, Drogenhandel, organisierte Kriminalität und illegale Migration verantwortlich. Die grundlegende und größere Gefährdung stellen aber innenpolitische und sozioökonomische Probleme dar sowie das Desinteresse der politischen Eliten an der Förderung regionaler Integrationsprozesse. Insbesondere nach der Abwertung der nationalen Währungen im zweiten Halbjahr 2015 ist in den zentralasiatischen Republiken ein sinkender Lebensstandard der großen Masse der Bevölkerung und eine zunehmende soziale Polarisierung zu beobachten. Als Folge droht ein Anwachsen sozialer und politischer Spannungen.

Wachsende sozioökonomische Probleme in Kasachstan ...

In Kasachstan liegt die Kluft zwischen den Einkommen der reichsten und ärmsten Schicht der Bevölkerung derzeit bei 30 zu 1. Das heißt, dass riesige nationale Ressourcen in den Händen einer relativ kleinen Gruppe kasachstanischer Oligarchen konzentriert sind. Im Jahre 2012 verfügten die Milliardäre und Millionäre des Landes zusammen über ein Vermögen von 24 Mrd. US-Dollar.

Derzeit lässt sich aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage eine zunehmende Unzufriedenheit der Bevölkerung feststellen. Zum Beispiel nannten die Einwohner der »zweiten Hauptstadt« Almaty, die am ehesten zu Protesten neigen, bei einer Umfrage im Herbst 2015 an vorderster Stelle sozioökonomische Themen als wichtigste Probleme. Im Vergleich mit 2009 haben sich einige Nennungen sogar verdreifacht, zum Beispiel die hohen Preise für kommunale Dienstleistungen, die nun von 70,8% der Befragten genannt wurden, zuvor waren es nur 25,6%. Auch bei den Themen Korruption (31,7% gegenüber 13,3%) und vor allem niedriges Bildungsniveau (24,2% gegenüber 3,3%) sind erheb-

liche Steigerungen zu erkennen. Bedrohungen durch religiösen Extremismus oder Terroranschläge liegen dagegen auf den hinteren Plätzen.

Bei Befragungen in ganz Kasachstan im Sommer 2015, noch vor der Tenge-Abwertung vom 20. August 2015, wurden vor allem soziale Motive – Arbeitslosigkeit, niedrige Löhne, Renten, Sozialleistungen und Stipendien sowie steigende Preise, Inflation und Währungsabwertung (ca. 50%) – als denkbare Gründe für Proteste genannt. Auf dem zweiten Platz finden wir eine Reihe humanitärer Aspekte – Verletzung der Menschenrechte, Korruption und Machtmissbrauch der Regierenden (31%), aber auch die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft (30%). Religiöse und zwischenethnische Konflikte oder Probleme bei der Rückzahlung von Krediten wurden dagegen seltener angeführt. 18,8% der Befragten bekundeten ihre Bereitschaft, sich aus den aufgezählten Gründen an Protestaktionen zu beteiligen. Besonders verbreitet war diese Stimmung unter denjenigen, die über eine geringe Kaufkraft verfügten, auf staatliche Unterstützung angewiesen waren oder Kreditschulden hatten. Somit war das Protestpotential in der Gesellschaft Kasachstans vor der Abwertung des Tenge niedrig und Aktionen kaum zu erwarten. Aber diese Situation könnte sich rasch ändern, wenn die kasachstanische Regierung keine effektiven Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Masse der Bevölkerung ergreift.

Nach Angaben des Komitees für Statistik des Ministeriums für Volkswirtschaft betrug das monatliche Durchschnittseinkommen 124.137 Tenge (Schätzung im November 2014). Das Existenzminimum lag im Dezember 2015 bei 19.816 Tenge. Dabei machte die durchschnittliche Rente im Jahr 2014 monatlich 36.068 Tenge aus und die Mindestrente lag im selben Jahr bei 31.736 Tenge im Monat. Diese nicht gerade üppigen Geldbeträge wurden durch den bodenlosen Fall des Kurses des Tenge fast um die Hälfte entwertet: Ende Januar

2015 lag der Kurs des Tenge zum US-Dollar noch bei 181,6:1, am 11. Januar 2016 waren es nur noch 369:1. Das heißt, dass in Kasachstan die Durchschnittsrente gegenwärtig nur 97,75 US-Dollar entspricht, und die Mindestrente noch weniger, nämlich 86,07 Dollar – und dies mit weiter sinkender Tendenz. Die Lage der niedrigen Einkommensgruppen der Gesellschaft wird noch verschärft durch den kontinuierlichen Anstieg der Lebensmittelpreise. Der Preis für Zucker stieg um fast 20 %, Öle und Fette wurden um 18,5 % teurer, und Brot um 14,4 %.

Immer mehr Bürger beginnen darüber nachzudenken, warum in Kasachstan, das über gewaltige Vorkommen an Öl, seltenen Erden und anderen wertvollen Bodenschätzen verfügt und sich weit weg von den Konflikten im Irak, in der Ukraine und in Syrien befindet, ein so erschreckender Verfall der Währung stattfindet.

Natürlich ergriff und ergreift die Regierung praktische Maßnahmen zur Abschwächung der Folgen der Wirtschaftskrise. Ende Dezember 2015 wurde eine Vereinbarung mit der ADB über ein Darlehen in Höhe von 1 Mrd. US-Dollar ratifiziert, das zur Finanzierung des Budgetdefizits und zur Stimulierung der Wirtschaft verwendet werden soll. Eine umfassende Privatisierung bisher noch staatlicher Unternehmen ist bereits ange laufen. Am 20. Januar hat Präsident Nursultan Nasarbajew auf die Notwendigkeit der Realisierung der Strategie 2050 und der Antikrisenprogramme sowie von Budgetkürzungen für Ministerien und eine Optimierung, d. h. Verkleinerung, des Staatsapparates hingewiesen. Im Zusammenhang mit den Budgetkürzungen hat die Regierung beschlossen, auf neue Projekte zu verzichten und den Akzent auf die Durchführung der bereits begonnenen zu legen. In den Gebieten werden praktische Maßnahmen in Angriff genommen. So wird die Stadtverwaltung von Almaty 2016 bedürftige Bewohner als Kompensation für ihre höheren Lebenshaltungskosten, beispielsweise im Zusammenhang mit der Abschaffung der staatlichen Subventionierung für Brot, gezielt mit insgesamt 60 Mio. Tenge (ca. 156.800 US-Dollar) unterstützen.

Am 13. Januar 2016 wandten sich die Abgeordneten der unteren Kammer des Parlaments, der Madschilis, mit der Bitte um vorzeitige Auflösung des Unterhauses an den Präsidenten. Obwohl die Wahlperiode der Madschilis erst im Herbst des Jahres geendet hätte, bekundeten die Abgeordneten einstimmig die Notwendigkeit eines neu gewählten Parlamentes, um »die fünf Reformprojekte des Präsidenten und die Antikrisenstrategie (...) entschlossen umzusetzen«. Der 76jährige Präsident, der seit 1989 an der Macht ist, kam diesem Wunsch rasch nach, löste das Parlament auf und setzte Neuwahlen für den 20. März 2016 fest. Die Frage, ob genügend Zeit für

die Durchführung eines echten Wahlkampfes bleibt und dafür, die Wähler mit den Wahlprogrammen der Kandidaten für das Abgeordnetenamt bekannt zu machen, ist eine rhetorische.

Die Präsidentenadministration erklärt die Notwendigkeit der vorzeitigen Auflösung der Madschilis und vorgezogener Neuwahlen erstens damit, dass sie am 20. März mit den turnusmäßigen Lokalwahlen zusammenfallen und man daher Zeit und Geld spare. Zweitens werde es zu einer Erneuerung des Parlaments kommen, wenn sachkundige, wirtschaftlich erfahrene Bürger und Patrioten gewählt werden. Drittens könne die neu zusammengesetzte Madschilis tatkräftig die notwendigen Antikrisengesetze verabschieden. Für die Erläuterung dieser Gründe wurde der gesamte staatliche Propagandaapparat in Bewegung gesetzt.

Die Bürger des Landes haben die Nachricht von der vorzeitigen Auflösung des Parlaments ziemlich gleichgültig aufgenommen, denn faktisch ist es zu einem Anhängsel der Exekutive geworden. Davon zeugt auch, dass die Abgeordneten die Entscheidung über die vorzeitige Auflösung einstimmig gefällt haben, und damit, wie in vergangenen sowjetischen Zeiten, ihre »hohe historische Verantwortung« bekundet haben. Es hat auch nicht zu ihrer Popularität beigetragen, dass sie für das frühere Ende ihres Mandats eine Kompensation in Höhe eines Drei-Monats-Gehaltes, also 1,5 Mio. Tenge pro Person (ca. 3.920 US-Dollar), bekommen sollen.

... und seinen Nachbarstaaten

Zeichen einer tiefgreifenden sozioökonomischen Krise gibt es auch in den anderen Staaten Zentralasiens. In Usbekistan verkündete der Präsident in seiner Neujahrsansprache feierlich die Erhöhung der Gehälter der Staatsangestellten, der Renten, Stipendien und Sozialleistungen um 15 %. Die freudige Anteilnahme für die usbekischen Bürger schwindet jedoch, wenn man die konkreten Zahlen betrachtet. In Usbekistan beträgt der Mindestlohn gegenwärtig 130.200 Som (47,29 US-Dollar, Kurs vom 1.1.2016), die Renten und der Leistungsanspruch für seit der Geburt Behinderte liegen bei 254.700 Som (92,51 US-Dollar); die Sozialleistungen für alte sowie arbeitsunfähige Personen, die nicht über den nötigen Rentenanspruch verfügen, betragen 56.300 Som (56,77 US-Dollar). Gegenwärtig sind ungefähr 3 Mio. Bürger Usbekistans Gastarbeiter (dt. im Original, Anm. der Übers.). Armut, fehlende Jobs und niedrige Einkommen haben sie nach ihren eigenen Angaben veranlasst, Arbeit im Ausland zu suchen. Nach inoffiziellen Schätzungen liegt die Arbeitslosigkeit im Lande bei ca. 30 %. Dennoch wurde am 29. März 2015 der 77jährige Islam Karimow routinemäßig zum Präsidenten Usbekistans gewählt. Er ist de facto seit 1989 ohne

Unterbrechung Staatsoberschap, obwohl gemäß der Verfassung Usbekistans ein und dieselbe Person nur für zwei Wahlperioden in Folge Präsident des Landes sein kann.

Von Tadschikistans 8 Mio. Einwohnern befindet sich 1 Mio. als Gastarbeiter in Russland. In den Jahren 2011–2014 haben sie mehr als 10 Mrd. US-Dollar in ihre Heimat zurücküberwiesen und damit das Wachstum der Geschäftstätigkeit und der Kaufkraft der Bevölkerung abgesichert. Aber infolge der Stagnation der russischen Wirtschaft 2015 haben sich die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten um den Faktor 3 verringert. Die Preise für lebensnotwendige Güter für die Masse der Bevölkerung sind derweil stark gestiegen. In dieser schwierigen wirtschaftlichen Situation hat man in Duschanbe beschlossen, ein Referendum über Änderungen in der Verfassung durchzuführen. U. a. soll dabei nach Beschluss des Parlaments der derzeitige Präsident Emomali Rachmon, der seit 1992 an der Spitze des Landes steht, faktisch zum Führer auf Lebenszeit gemacht werden.

Durch Turkmenistan ist 2015 eine Welle von Massenentlassungen aus den staatlichen Unternehmen gerollt, in den staatlichen Instituten für Öl und Gas sowie Geologie waren bis zu 85 % der Mitarbeiter vom Stellenabbau betroffen. In einer Reihe von Fällen kam es zu verspäteten Lohnzahlungen. Bereits mehrfach wurden Begrenzungen für den Umtausch des Manat in US-Dollar bzw. ausländische Währungen eingeführt. In Aschchabad begannen die Banken im Dezember 2015 wegen des starken Andrangs von Dollar-Käufern mit der Ausgabe von Coupons, und in der Provinz Lebap muss man für den Umtausch eine Bescheinigung des Arbeitgebers vorzeigen.

In Kirgistan gelten mehr als 1,8 Mio. Menschen (30,6 % der Bevölkerung des Landes) als arm. Die wirtschaftliche Situation wurde bisher durch die Geldüberweisungen der Arbeitsmigranten in Russland abgefedert. Aber 2015 ist das Volumen der Transfers um 33 % gefallen. Deshalb sind die Bürger Kirgistans gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt in der Schattenwirtschaft zu suchen, die nach Schätzungen mehr als 50 % der Wirtschaft des Landes ausmacht.

Somit ist für alle zentralasiatischen Staaten eine Polarisierung der Gesellschaft und eine Zunahme der Zahl der Armen charakteristisch, ohne dass klare Gegenmaßnahmen ihrer Führungen erkennbar wären. Dies birgt die Gefahr, dass Verfechter eines radikalen Islam, darunter des sog. Islamischen Staats (IS), wie schon im Irak, in Tunesien, Libyen, Ägypten und Syrien die Situation ausnutzen. Unter den Bedingungen einer schwach entwickelten zivilgesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit und des Fehlens einer weltlichen Opposition auf der einen und der Zunahme von Armut, fehlenden Auf-

stiegsmöglichkeiten, des Clanwesens und der Korruption auf der anderen Seite nimmt in Zentralasien die Zahl der Anhänger radikaler islamischer Organisationen zu. Die Teilnahme von aus Zentralasien stammenden Personen an den Kampfhandlungen in Syrien ist besonders besorgniserregend. Nach Angaben des Komitees für Religionsangelegenheiten kämpften 2015 allein ca. 500 Bürger Kasachstans in den terroristischen Gruppierungen des IS.

Sicherheitsrisiken von außen

Die Staaten Zentralasiens haben eine Reihe gemeinsamer sozioökonomischer Probleme. Kasachstan hat in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Initiativen ergriffen, um die regionale Integration in Zentralasien voran zu bringen (Zentralasiatische Union, 1994; Zentralasiatisches Wirtschaftsforum, 2001; Organisation für Zusammenarbeit in Zentralasien, 2002; Union der zentralasiatischen Staaten, 2007). Doch haben diese »auf dem Papier« geschaffenen regionalen Organisationen nicht die nötige praktische Unterstützung von Seiten der Führer der Staaten Zentralasiens erfahren, ungeachtet wechselseitiger Beteuerungen hinsichtlich historischer, kultureller, sprachlicher und ethnisch-religiöser Gemeinsamkeiten. Deshalb sollte man gegenwärtig, so wichtig sie auch wäre, keine gemeinsame Lösung der Probleme Zentralasiens erwarten, jedenfalls nicht, solange sich kein Wechsel in der Führung der politischen Eliten der Länder der Region vollzieht.

Zwischen den Ländern der Region bestehen neben vielen Gemeinsamkeiten auch diverse Gegensätze. Einer der wichtigsten subjektiven Gründe für die stagnierende ökonomische Integration Zentralasiens ist die fehlende Bereitschaft der politischen Eliten der Staaten der Region zu wirtschaftlicher Kooperation. Die Ursache liegt in den unterschiedlichen Investitionsmöglichkeiten in den Ländern und auch am fehlenden Bemühen, Lösungen zum wechselseitigen Nutzen in den Bereichen Energie, Nutzung der Wasserressourcen, Transport von Gütern, Entwicklung der Transportinfrastruktur und landwirtschaftliche Produktion zu erzielen. Der Handel zwischen den zentralasiatischen Staaten macht nur 5 % ihres gesamten Außenhandels aus.

Der bekannte ungelöste Konflikt um Wasser und Energie zwischen den energiereichen Staaten an den Unterläufen der Flüsse Amu Darja und Syr Darja – Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan – auf der einen und den energiearmen, wasserreichen Oberliegern Kirgistan und Tadschikistan auf der anderen Seite ist ein besonders deutlicher Indikator für die schwierigen Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten.

Nach wie vor nicht geklärte Grenzprobleme sind ein weiteres ernstes Problem zwischen den Staaten der

Region. Bis jetzt wurden zum Beispiel zwischen Kirgistan und Usbekistan von den 1.378 km der gemeinsamen Staatsgrenze erst 75 % endgültig festgelegt, zwischen Tadschikistan und Usbekistan lediglich 80 % der 1.400 km langen Grenze. Folge der unklaren Grenzen sind ständige Zwischenfälle. Nach Angaben der kirgisischen Behörden wurden allein im Jahr 2010 mehr als 20 Zusammenstöße zwischen kirgisischen Bürgern und usbekischen Grenzschützern registriert. An der kirgisisch-tadschikischen Grenze gab es im Zeitraum 2012–2015 insgesamt 78 Zusammenstöße und Konflikte, bei denen es u. a. zu Straßenblockaden, Brandstiftungen und Massenschlägereien zwischen Kirgisen und Tadschiken kam. Die aus dem Jahr 1999 stammende Verminung von Abschnitten der usbekisch-tadschikischen Grenze schafft zusätzliches Konfliktpotential zwischen beiden Staaten. Von Usbekistan verlegte Anti-Personenminen verletzen und töten nach Angaben aus Duschanbe immer wieder friedliche tadschikische Bürger – Hirten und Holzsammler. In den letzten 20 Jahren waren mehr als 800 tadschikische Staatsangehörige betroffen, 90 % der Opfer waren Zivilisten, 30 % davon Kinder. Diese Grenzzwischenfälle können sich jederzeit zu zwischenstaatlichen Konflikten mit unvorhersehbaren Konsequenzen auswachsen. Eine Lösung dieser territorialen Streitigkeiten und Grenzfragen, wie übrigens auch vieler anderer komplizierter Fragen, wird nur im Rahmen einer Kooperation oder Integration Zentralasiens möglich sein. Da man von einer Integration gegenwärtig weit entfernt ist, werden die Konflikte an den Grenzen der zentralasiatischen Republiken jedenfalls mittelfristig fortbestehen.

Folge von Armut, mangelnder Rechtsstaatlichkeit, nicht demokratisch kontrollierten Eliten und fehlender zwischenstaatlicher Zusammenarbeit ist ein florierender illegaler Handel vor allem mit Drogen, aber auch Waffen und Menschen. In Kirgistan soll sich der Drogenhandel in einzelnen Gebieten des Landes nicht nur zur Haupteinkommensquelle der Bevölkerung entwickelt haben, sondern nach Meinung von Experten sind auch Mitarbeiter der Sicherheitskräfte und der Rechtsschutz-

organe des Landes darin verwickelt. Da fast 10 % der nach Kirgistan eingeführten Drogen auch dort abgesetzt werden (ca. 7 t pro Jahr) sterben in diesem Land jedes Jahr 1.500 Menschen an einer Überdosis, mehrheitlich Kinder und Jugendliche.

Nicht zuletzt muss hier noch angeführt werden, dass sich seit Herbst 2015 mit dem Auftauchen von IS-Kämpfern auch die Situation im Norden Afghanistans einschneidend verschlechtert hat. Nach Ansicht tadschikischer Experten kann der Konflikt in Nordafghanistan zur direkten Bedrohung nicht nur für die Staaten Zentralasiens, sondern auch für Russland und China werden.

Fazit

Die wachsende Verarmung der Bevölkerung, die soziale Polarisierung der Gesellschaft und der fehlende politische Wille der Führer der Region zur Durchführung tiefgreifender politischer und sozioökonomischer Reformen in ihren Staaten erweisen sich als die wichtigsten Faktoren für eine mögliche Destabilisierung Zentralasiens. Die Situation in Zentralasien erinnert an ein Moor, in dem unter der Erdoberfläche der Torf brennt. Auf den ersten Blick gibt es keinerlei Grund für Beunruhigung, der unterirdische Brand ist nicht zu sehen. Aber mit zunehmender Ausdehnung des unterirdischen Feuers dringt eine Rauchsäule nach oben, die sich über hunderte von Kilometern erstrecken kann und die eigentliche Gefahr darstellt.

Eine weitere Verschleppung der Lösung der oben genannten Probleme kann nicht vorhersehbare negative Folgen haben. Denkbar sind etwa offen ausbrechende soziale Konflikte in einem Land mit einem darauf folgenden Dominoeffekt in der gesamten Region. So etwas beobachten wir gerade in den Ländern des Nahen und Mittleren Ostens. Die sich verschärfenden Gegensätze in der angrenzenden islamischen Welt und die wachsende Opposition zwischen dem Westen auf der einen und Russland und China auf der anderen Seite wirken sich auch wenig beruhigend auf diese Lage aus.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Über den Autor:

Dr. Bulat Sultanow war von 1995 bis 2000 als Botschaftsrat an der Botschaft der Republik Kasachstan in Bonn und von 2002 bis 2004 als Gesandter an der Botschaft der Republik Kasachstan in Berlin tätig, danach von 2005 bis 2014 Direktor des Kasachstanischen Instituts für Strategische Studien (KISI) in Almaty. Seit Januar 2015 ist er Direktor des Forschungsinstituts für internationale und regionale Zusammenarbeit an der Deutsch-Kasachischen Universität (DKU), Almaty.

Lesetipps:

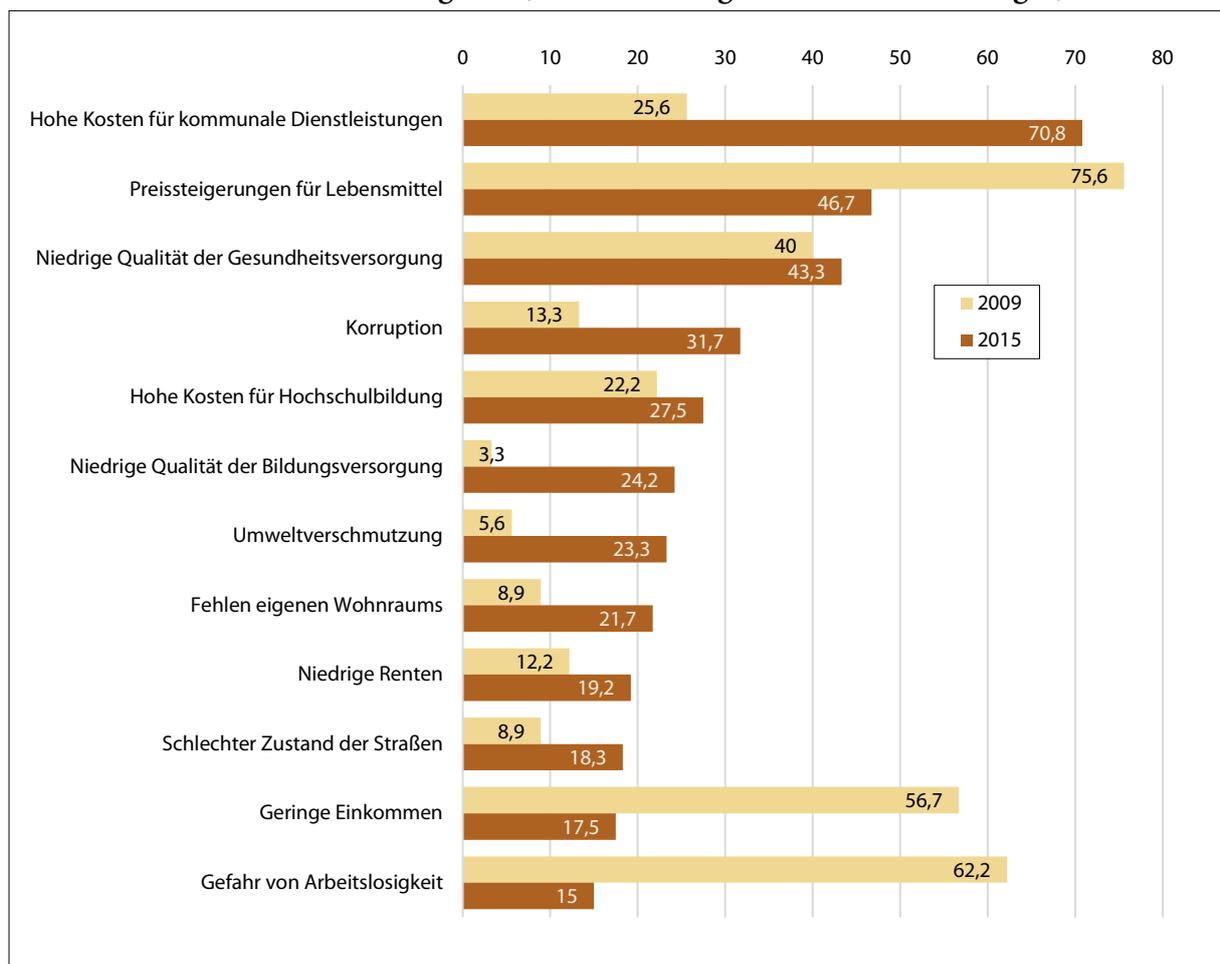
- Alexander Kim, Cheaper Oil Price Pushes Kazakhstan Toward Limited Economic and Political Reforms, The Jamestown Foundation Eurasia Daily Monitor, 13.1.2016, = <[http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=44981&tx_ttnews\[backPid\]=827&no_cache=1#VqEFoLL0VeQ](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews[tt_news]=44981&tx_ttnews[backPid]=827&no_cache=1#VqEFoLL0VeQ)>

- George Voloshin, President Nazarbayev Announces Early Parliamentary Elections Amid Crisis, The Jamestown Foundation Eurasia Daily Monitor, 25.1.2016, = <[http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews\[tt_news\]=45023&tx_ttnews\[backPid\]=27&cHash=b9c627380e03fafbcb1cb04ae58d79de#Vqdlw1L0VeQ](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews[tt_news]=45023&tx_ttnews[backPid]=27&cHash=b9c627380e03fafbcb1cb04ae58d79de#Vqdlw1L0VeQ)>
- Joanna Lillis, Kazakhstan: Nazarbayev Issues Rallying Cry To Fight Crisis, Eurasianet, 1.12.2015, = <<http://www.eurasianet.org/node/76341>>
- Anna Dwyer, Arkadiusz Legieć, Kacper Rękawek, Ready to Go? ISIS and Its Presumed Expansion into Central Asia, PISM Policy Paper, 19(121), June 2015, = <https://www.pism.pl/files/?id_plik=20020>

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

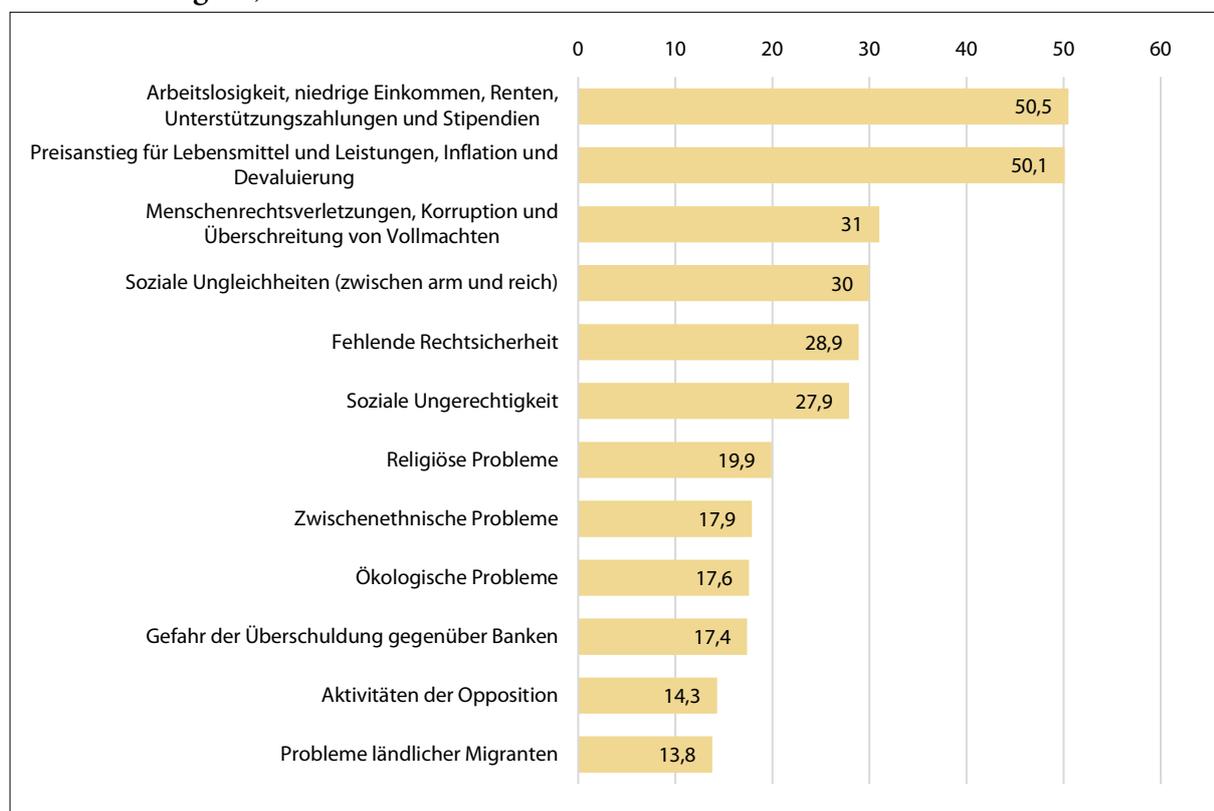
Umfragen und Indikatoren zu sozialen und wirtschaftlichen Problemen

Grafik 1: Die aktuellsten sozialen Probleme in der Einschätzung der Bewohner von Almaty, 2009 und 2015 im Vergleich (in % der Befragten, Mehrfachnennungen)



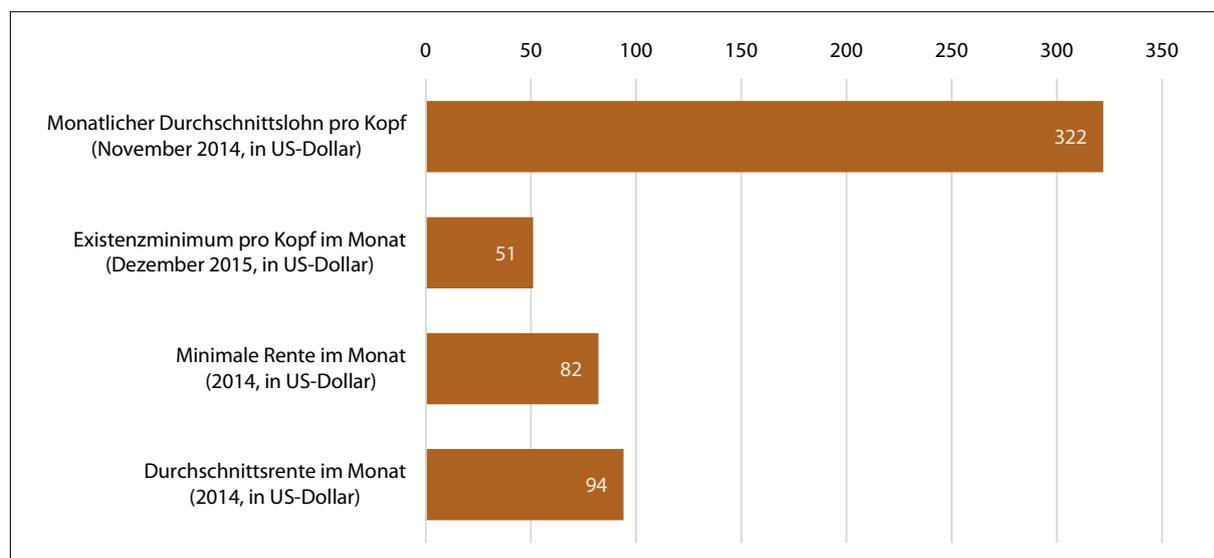
Quelle: Zentrum für soziale und politische Studien »Strategiya«; <<http://365info.kz/2015/10/chem-na-samom-dele-nedovolny-zhite-almaty/>>

Grafik 2: Wichtige soziale Probleme, die nach Einschätzung der Bewohner Kasachstans zu Protesten führen könnten (Sommer 2015, in % der Befragten, Mehrfachnennungen möglich)



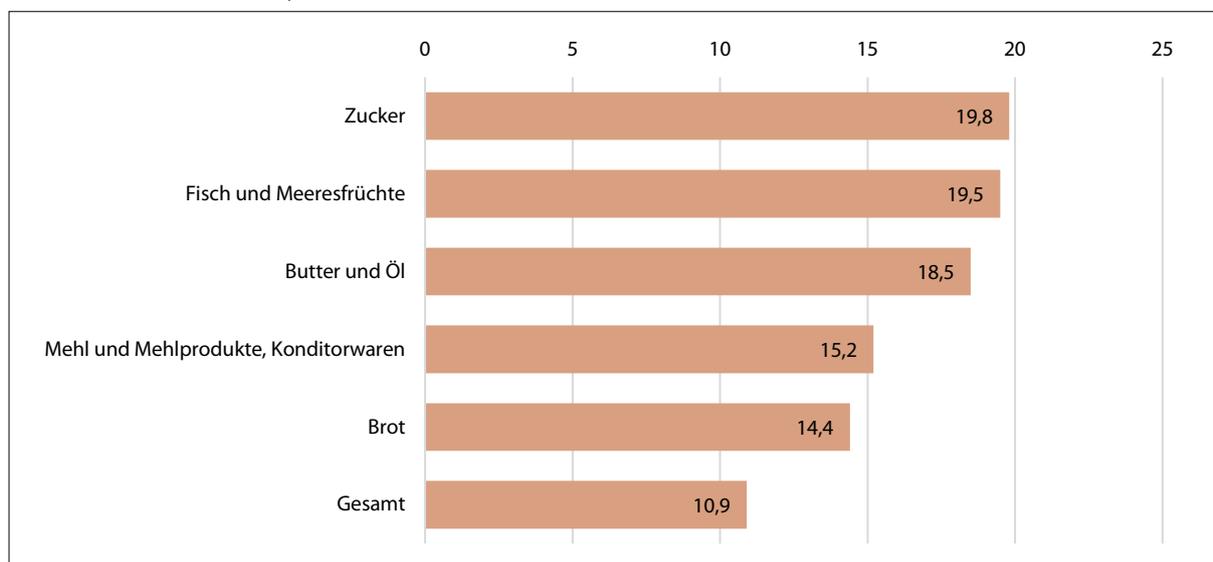
Quelle: M. Nurgaliewa, *Urowen shisni kasachstanzew i problemy sozialnogo nerawenstwa (po rezultatam soziologitscheskogo issledowanija)*, Almaty 2015, S. 54 f.

Grafik 3: Durchschnittliche Einkommen in Kasachstan



Quelle: Nationales Komitee für Statistik RK; <http://www.stat.gov.kz/faces/wcnav_externalId/homeNumbersLivingStandart?_afzLoop=25531148015780351#%40%3F_afzLoop%3D25531148015780351%26_adf.ctrl-state%3D14fg35t72u_68>

Grafik 4: Anstieg der Lebensmittelpreise in Kasachstan (von Dezember 2014 bis Dezember 2015, in %)



Quelle: Nationales Komitee für Statistik; <http://www.stat.gov.kz/faces/wcnav_externalId/homeNumbersPrices?_afLoop=25531844806866980#%40%3F_afLoop%3D25531844806866980%26_adf.ctrl-state%3D14fg35t72u_85>

Tabelle 1: Entwicklung der offiziellen Wechselkurse der zentralasiatischen Währungen zum US-Dollar 2015 (jeweils Ende des Monats)

	Kasachstan, Tenge	Kirgistan, Som	Tadschikistan, Somoni	Turkmenistan, Manat	Usbekistan, Sum
Januar	181,6	59,8	5,4	2,9	2.425
Februar	183,7	61,3	5,4	2,9	2.443
März	182,9	63,9	5,7	2,9	2.480
April	182,9	61,1	6,2	2,9	2.480
Mai	185,8	58,1	6,3	2,9	2.518
Juni	185,2	61,5	6,3	2,9	2.531
Juli	185,4	61,0	6,3	2,9	2.561
August	240,6	65,1	6,3	3,5	2.591
September	267,7	68,8	6,4	3,5	2.595
Oktober	278,8	69,1	6,6	3,5	2.641
November	307,1	75,9	6,7	3,5	2.710
Dezember	337,3	75,9	7,0	3,5	2.775
Trend					

Quelle: <Oanda.com>

12. Dezember 2015 – 22. Januar 2016

Kasachstan

12.12.2015	Der bekannte Rechtsanwalt Michail Klentschin nimmt sich in Almaty mit einem Jagdgewehr das Leben. Nur Tage zuvor hatte Klentschin auf seiner Facebook-Seite schwere Vorwürfe gegen die kasachstanische Justiz erhoben.
13.12.2015	Der bekannte Journalist Talgat Kirbekow wird in Astana mit Erstickungssymptomen tot in seinem Auto aufgefunden, die Indizien deuten auf einen Unfall. Der 41-jährige war u. a. bei den liberalen Fernsehsendern 31. Kanal und 7. Kanal, aber auch in der Presseabteilung des Eisenbahnunternehmens Kazakhstan Temir Zholy beschäftigt.
14.12.2015	Das Verteidigungsministerium teilt in einer Pressemitteilung mit, dass erstmals testweise eine Flugabwehrrakete von einem Schiff der kasachstanischen Marine im Kaspischen Meer abgeschossen wurde.
14.12.2015	Bei einer Sitzung des Chinesisch-Kasachstanischen Business Councils werden Verträge im Gesamtvolumen von 10 Mrd. US-Dollar unterzeichnet.
14.12.2015	Im neu vorgestellten UNDP Human Development Index (HDI) steigt Kasachstan um gleich 14 Ränge auf den 56. Platz.
15.12.2015	In seiner Ansprache anlässlich des Tages der Unabhängigkeit lobt Präsident Nasarbajew die Erfolge des Landes seit 1991 und gibt sich optimistisch bezüglich der Bekämpfung der derzeitigen Wirtschaftskrise.
15.12.2015	Energieminister Wladimir Schkolnik erklärt gegenüber Journalisten, dass er angesichts stark gefallener Kraftstoffpreise keinen Anlass für Pessimismus in der Bevölkerung sehe.
16.12.2015	Die Oppositionspolitiker Scharmachan Tujakbai von der Allnationalen Sozialdemokratischen Partei und Scharal Chanyschalina von der Bewegung »Lang lebe die Freiheit« legen im Gedenken an die im Dezember 2011 in Schanaosen (Gebiet Mangystau) von Sicherheitskräften erschossenen Streikenden Blumen am Unabhängigkeitsdenkmal im Zentrum Almatys nieder.
18.12.2015	Ein litauisches Gericht entlässt den Schwager von Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow, Syrym Schalabajew, gegen eine Kaution von 50.000 US-Dollar aus der Haft. Ihm wird Komplizenschaft mit seinem Schwager vorgeworfen.
21.12.2015	Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und Außenminister Jerlan Idrisow unterzeichnen in Astana das neue Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Kasachstan.
21.12.2015	In Astana findet das 11. EU-Zentralasien-Außenministertreffen statt. Am Rande führt die EU-Außenbeauftragte Mogherini eine Reihe bilateraler Gespräche mit Vertretern der zentralasiatischen Republiken.
21.12.2015	Bei einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Moskau vereinbart Präsident Nursultan Nasarbajew u. a. den Kauf mehrerer russischer Kampfflugzeuge. Gegenüber dem Patriarchen der russisch-orthodoxen Kirche, Kirill, bekräftigt Nasarbajew das freundschaftliche politische Verhältnis Kasachstans zu Russland.
21.12.2015	Kasachstan übernimmt turnusgemäß den Vorsitz des Rates der Eurasischen Wirtschaftsunion von Belarus.
23.12.2015	Verteidigungsminister Imamgali Tasmagambetow reist zum Treffen der GUS-Verteidigungsminister nach Moskau.
23.12.2015	Außenminister Idrisow ruft bei einem Briefing für Journalisten in Astana die Regierungen Russlands und der Türkei zum Dialog auf.
23.12.2015	Die leitende Redakteurin des oppositionellen Nachrichtenportals Nakanune.kz, Gusal Baidalinowa, wird festgenommen, nachdem die Kazkommertsbank sich über einen als rufschädigend empfundenen Beitrag in dem Portal beschwert hatte.
24.12.2015	Der ehemalige Nationalbankchef Kairat Kelimbetow wird von Präsident Nasarbajew zum Chef des Finanzzentrums Astana ernannt.
25.12.2015	Beim schwersten Flugunglück in der Geschichte Kasachstans sterben alle 27 Passagiere, darunter auch der Chef der Grenztruppen, Turanbek Stambekow, und mehrere regionale Kommandeure. Die Militärmaschine war auf dem Weg von Astana nach Schimkent.
25.12.2015	Der Chef des Komitees für Nationale Sicherheit (KNB), Nurtai Abykajew, wird zum Senator ernannt. Zu seinem Nachfolger bestimmt Präsident Nasarbajew den bisherigen Vize, Wladimir Schumakanow.
26.12.2015	Präsident Nasarbajew ernennt seinen Neffen Samat Abisch zum stellvertretenden Chef des Nationalen Sicherheitskomitees.

28.12.2015	Der Gouverneur des Gebiets Kysylorda, Krymbek Kuscherbajew, erklärt, dass sich seit Beginn des von der Weltbank finanzierten Projekts zum Anstauen des nördlichen Teils des Aralsees der Export von Fisch aus dem See um das 3,6fache auf 11.000 t im Jahr erhöht hat.
28.12.2015	Die OSZE-Beauftragte für die Freiheit der Medien, Dunja Mijatovic, kritisiert die Festnahme der Journalistin Baidalinowa sowie ihres Kollegen Rafael Balgin als inakzeptabel.
28.12.2015	Der Pfarrer einer protestantischen Gemeinde, Yklas Kabduakasow, wird von einem Gericht in Astana zu zwei Jahren Haft wegen Anstiftung zu sozialem, rassischem und ethnischem Hass verurteilt.
29.12.2015	Der Überland- und Zugverkehr in sieben nördlichen Gebieten Kasachstans wird wegen eines Schneesturms stark eingeschränkt. Im Gebiet Westkasachstan müssen einige Dörfer evakuiert werden.
5.1.2016	Das Komitee für Statistik gibt bekannt, dass die Inflationsrate im vergangenen Jahr bei 13,6 % gelegen habe, 2014 lag sie noch bei 7,4 %.
6.1.2016	Das Wirtschaftsministerium veröffentlicht eine Liste von Staatsunternehmen und anderen Vermögenswerten, die zwischen 2016 und 2020 (teil-)privatisiert werden sollen. Darunter befinden sich große Staatskonzerne wie Kazakhstan Temir Zholy, Air Astana, KazMunayGaz, Kazatomprom und Samruk-Energy, aber auch z. B. die Flughäfen von Astana und Kysylorda und die Sonderwirtschaftszone Chorgos.
7.1.2016	Premierminister Karim Massimow diskutiert in einem Telefonat mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew die bilaterale Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Handelsfragen.
8.1.2016	Die U.S. Army teilt in einer Pressemitteilung mit, dass eine Gruppe kasachstanischer Offiziere zu Trainingszwecken in einem Ausbildungszentrum in South Carolina eingetroffen ist.
13.1.2016	Die Nationalbank entlässt den Chef ihrer Investment Management-Abteilung, Berik Otemurat, nachdem dieser in Interviews für das Wall Street Journal und die Financial Times erklärt hatte, dass die Gefahr einer Auflösung des Nationalfonds bestehe. Die Einlagen des Fonds sind von 77,2 Mrd. US-Dollar im August 2014 auf derzeit 63,5 Mrd. US-Dollar zurückgegangen.
13.1.2016	Nachdem die Abgeordneten der unteren Kammer des Parlaments sich einstimmig für vorzeitige Neuwahlen ausgesprochen hatten, um ein stabiles Mandat für die Durchführung einschneidender Wirtschaftsreformen zu schaffen, bittet ihr Sprecher, Kابدolla Dschakupow, Präsident Nasarbajew um die Auflösung der Volksvertretung.
15.1.2016	Der ukrainische Infrastrukturminister, Andriy Pywowskij, kündigt an, dass Warenlieferungen nach Kasachstan zukünftig an Russland vorbei über Georgien, Aserbaidschan und das Kaspische Meer transportiert würden. In den vergangenen Monaten waren ukrainische LKW auf dem Weg nach Kasachstan mehrfach an der russischen Grenze blockiert worden.
15.1.2016	Vize-Premier Bakjtschan Sagyntajew kündigt bei einem Briefing für Journalisten angesichts der instabilen wirtschaftlichen Lage tiefe Einschnitte in den Staatshaushalt an.
18.1.2016	Präsident Nasarbajew diskutiert mit dem Chef des Verfassungsrates, Igor Rogow, den Sprechern von Senat und Unterhaus, Kasjymchomart Tokajew und Dschakupow, sowie Premier Karim Massimow die Möglichkeit der Auflösung des Unterhauses und der Abhaltung vorgezogener Neuwahlen.
19.1.2016	Das Gesundheitsministerium in Astana teilt mit, dass ein an der Schweinegrippe erkrankter Patient gestorben ist.
19.1.2016	Usakbaj Karabalin, zuletzt Vize-Energieminister, zuvor u. a. Präsident von KazMunaiGas und Minister für Energie, wird von Premier Massimow in den Ruhestand verabschiedet.
19.1.2016	Der Bürgerrechtler Jewgenij Schowtis ruft auf einer Pressekonferenz den Gesetzgeber dazu auf, die Artikel über Anstiftung zu religiösem, ethnischem und sozialem Hass und über Verbreitung falscher Informationen, die zuletzt zur Ausschaltung mutmaßlicher Oppositioneller genutzt wurden, aus dem Strafgesetzbuch zu streichen.
20.1.2016	In Almaty demonstrieren Dutzende Personen durch Kostüme als »graue Masse« verkleidet vor mehreren Filialen der Kazkommertsbank für individuelle Problemlösungen im Falle ihrer Hypothekenschulden.
20.1.2016	Der bisherige Chef der Raumfahrtagentur Kaskosmos, Talgat Musabajew, wird zum Berater von Präsident Nasarbajew ernannt.
20.1.2016	Präsident Nasarbajew löst die untere Kammer des Parlaments auf. Als Termin für Neuwahlen wird der 20.3.2016 festgelegt.
20.1.2016	Der bekannte kasachstanische Journalist Aleksandr Nowikow stirbt im Alter von 48 Jahren nach langer Krankheit in Almaty. Nowikow war jahrelang Chefredakteur der Zeitung Express K und moderierte die Nachrichtensendung »Portret nedeli« (Porträt der Woche) des liberalen Fernsehsenders KTK.

21.1.2016	Der Kurs des Tenge zum US-Dollar sinkt mit 383:1 auf ein neues Rekordtief. Eine deutliche Verbesserung ist laut Nationalbankchef Danijar Akischew nicht in Sicht.
22.1.2016	Die beiden Bürgerrechtler Serikschan Mambetalin und Jermek Narymbajew werden von einem Gericht in Almaty zu zwei bzw. drei Jahren Haft wegen Anstiftung zu sozialem Hass über das Internet verurteilt. Narymbajew befindet sich derzeit den dritten Tag im Hungerstreik.

Kirgistan

13.12.2015	Bei einem Treffen Präsident Almasbek Atambajew mit dem kuwaitischen Emir Sabah Al-Ahmad Al-Jaber Al-Sabah wird u. a. ein Doppelbesteuerungsabkommen unterzeichnet. In Anwesenheit des Präsidenten wird zudem die kirgisische Botschaft in Kuwait feierlich eröffnet.
14.12.2015	In Katar wird Präsident Atambajew von Emir Tamim bin Hamad Al Thani empfangen.
15.12.2015	Der Pressedienst des Innenministeriums teilt mit, dass der seit 2014 eingerichtete Staatsdienst für Strafvollzug insgesamt 39 Korruptionsfälle vor Gericht gebracht hat, durch die dem Staat ein Schaden von mehr als 2 Mio. Som (26.300 US-Dollar) entstanden war.
16.12.2015	Der in einem problematischen Urteil wegen Organisation der Unruhen von Osh 2010 zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilte usbekische Menschenrechtler Asimschan Askarow wendet sich mit der Bitte an das Komitee für Menschenrechte und das Büro des Hohen Kommissars für Menschenrechte der UN, die Untersuchung seines Falles zu beschleunigen.
16.12.2015	Am Rande der Sitzung des Rates der Regierungschefs der SCO-Staaten in Beijing trifft Premierminister Temir Sarijew mit Vertretern der Europa-Zentralasien-Abteilung des chinesischen Außenministeriums zusammen. Die chinesische Seite erklärt ihre Bereitschaft zur Unterstützung beim Ausbau der Infrastruktur Kirgistans, namentlich der Eisenbahnstrecke China–Kirgistan–Usbekistan.
16.12.2015	Elwira Sarijewa, Ministerin für Bildung und Wissenschaft, und ihr chinesischer Amtskollege Yuan Guiren unterzeichnen in Beijing eine Vereinbarung über den Austausch von Studenten.
17.12.2015	Die Parteien Butun Kyrgyzstan und Emgek, die sich für die Parlamentswahlen im Oktober 2015 zusammengeschlossen hatten, kündigen an, bei den kommenden Lokalwahlen wieder getrennt anzutreten.
21.12.2015	Am Rande des CSTO-Gipfels in Moskau trifft Präsident Atambajew mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin zusammen.
21.12.2015	Die UNICEF-Vertreterin in Kirgistan, Yukie Mukuo, erklärt, dass das Land die MDG-Ziele bezüglich Reduzierung der Kindersterblichkeit mit 4,5 % erreicht hat.
22.12.2015	Der Pressedienst der Regierung meldet den Rückzug Kirgistans aus den Verhandlungen mit der kanadischen Centerra über die Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse der Goldmine Kumtor. Gleichzeitig wird bekannt, dass Centerra am 17.12. entschieden hat, weitere Aktien auf den Markt zu bringen, was den Anteil der kirgisischen Kyrgyzaltyn von 32,7 % auf 32,1 % reduzieren wird.
22.12.2015	Während seines Arbeitsbesuches in Moskau trifft Präsident Atambajew mit Gazprom-Chef Aleksej Miller zu Gesprächen über zukünftige Energieprojekte zusammen.
23.12.2015	Nach Angaben von Finanzminister Adylbek Kasymalijew vor dem Parlament liegt die öffentliche Verschuldung Kirgistans aktuell bei 3,4 Mrd. US-Dollar.
24.12.2015	Präsident Atambajew teilt er auf einer Pressekonferenz mit, dass sich die russische Regierung wegen der Wirtschaftskrise aus dem vertraglich vereinbarten Bau der Wasserkraftwerke Kambarata1 und Oberer Naryn zurückzieht. Man müsse sich auf die Suche nach neuen Partnern begeben.
29.12.2015	Der stellvertretende Wirtschaftsminister, Aibek Kalijew, teilt vor der Presse mit, dass nach dem Ausfall von mehreren Turbinen im Kraftwerk von Toktogul am 23. und 28.12. die Bevölkerung über die bevorstehenden Feiertage noch normal mit Energie versorgt werde, danach seien aber Rationierungen erforderlich.
30.12.2015	An der Grenze zu Usbekistan im Gebiet Batken werden zwei Kirgisen, die versuchen Güter aus Usbekistan nach Kirgistan zu schmuggeln, durch Schüsse usbekischer Grenzer verletzt.
30.12.2015	Der ehemalige Bürgermeister von Tscholpon-Ata (Gebiet Issyk-Kul) wird zu einer Geldstrafe von 50.000 Som (658 US-Dollar) wegen Telefonterror verurteilt. Er soll am Wahltag 4.10. fälschlicherweise telefonisch vor Bomben in fünf Wahllokalen gewarnt haben.
30.12.2015	Das Parlament wählt den Journalisten und ehemaligen Generaldirektor der Rundfunk- und Fernsehgesellschaft OTRK, Kubat Otorbajew, zum neuen Ombudsmann für Menschenrechte.

4.1.2016	Ein Gericht in Karakol (Gebiet Issyk-Kul) verweist einen britischen Mitarbeiter der kanadischen Centerra Goldfördergesellschaft des Landes, weil er auf Facebook eine traditionelle kirgisische Wurstspezialität mit einem Pferdepenis verglichen hatte.
5.1.2016	In Reaktion auf den Versorgungsengpass mit Strom nach dem Ausfall von drei der vier Turbinen im Wasserkraftwerk Toktogul vereinbart Kirgistan für die Zeit bis zum geplanten Reparaturenende am 15.1. den Kauf von bis zu 100 Mio. kWh Strom des kasachstanischen Kraftwerks Ekibastus für 10,88 Tenge pro kWh.
6.1.2016	Der Vorsitzende der nationalen Kommission für die Staatssprache, Egemberdi Ermatow, teilt mit, dass 2016 die Kirgisischkenntnisse der Staatsbediensteten mit einer anonymisierten Probeversion eines Sprachtests überprüft werden, ab 2017 soll der Test verpflichtend werden.
9.1.2016	An der Grenze zu Usbekistan im Bezirk Aksy (Gebiet Dschalalabad) wird ein Kirgise durch den Schuss eines usbekischen Grenzer verletzt, drei weitere werden verhaftet nachdem sie begonnen hatten, eine die Grenze überschreitende Wasserleitung zu demontieren. Usbekische und kirgisische Grenzer beschließen die gemeinsame Untersuchung des Vorfalls.
11.1.2016	Der Chef der Metallarbeitergewerkschaft, Eldar Tadschibajew, teilt vor Journalisten mit, dass die Arbeiter der Kumtor-Goldmine ab 1.1.2016 10 % höhere Löhne erhalten. Verbunden mit einmaligen Prämienzahlungen steigen die Einkommen damit gegenüber dem 1.1.2015 um 16,5 %. Die Arbeiter hatten wegen der Inflation und dem stark gesunkenen Somkurs eine Erhöhung um 50 % gefordert.
12.1.2016	Der ehemalige stellvertretende Kulturminister Maksat Tschakijew wird von einem Bischkeker Gericht zu sechs Jahren Freiheitsentzug wegen Bestechung verurteilt.
13.1.2016	Nach den neuesten Daten des Russischen Föderalen Migrationsdienstes ist die Zahl der Kirgisen in der RF im Dezember 2015 um 2 % auf 553.910 Personen gestiegen.
13.1.2016	Die Respublika-Ata-Dschurt-Parlamentsfraktion schließt nach längeren, auch juristischen Auseinandersetzungen ihren Abgeordneten Dschyrgalbek Samatow aus. Samatow soll russischer Staatsbürger sein.
14.1.2016	Der Vorsitzende des nationalen statistischen Komitees, Akylbek Osmonalijew, gibt vor der Presse bekannt, dass das BIP Kirgistans 2015 424 Mrd. Som (5,6 Mrd. US-Dollar) betragen habe und damit gegenüber dem Vorjahr um 3,5 % gestiegen sei. Die Inflationsrate soll bei 3,4 % gelegen haben.
14.1.2016	Nach Angaben des Innenministeriums wurden 2015 insgesamt 684 Korruptionsfälle mit einer Gesamtschadenssumme von 418,6 Mio. Som (5,5 Mio. US-Dollar) aufgedeckt.
15.1.2016	Nach Angaben aus dem Außenministerium sind 2015 508 kirgisische Staatsbürger als Kämpfer nach Syrien oder in den Irak gegangen, 387 Männer, 121 Frauen. 40 kehrten zurück, von 33 wurde bekannt, dass sie gefallen sind.
15.1.2016	Die vierte Turbine des Wasserkraftwerkes von Toktogul wird planmäßig wieder in Betrieb genommen. Der Wasservorrat des Stausees ist mit 10,8 Mrd. m ³ um knapp 2 Mrd. m ³ höher als im Vorjahr und damit für diese Heizperiode ausreichend.
15.1.2016	Laut einer Pressemitteilung von Gazprom Kirgistan hat das Unternehmen die Gasschulden gegenüber Kasachstan aus den Jahren 2004–2014 in Höhe von 41,6 Mio. US-Dollar komplett abgezahlt.
17.1.2016	In Dschalalabad wird ein Major der Miliz unter dem Verdacht verhaftet, Polizeiwaffen an Mitglieder terroristischer Organisationen verkauft zu haben.
18.1.2016	Nach Angaben von Kumtor hat das Unternehmen 2015 16,2 t Gold gefördert.
19.1.2016	Nach Angaben auf der Website der Nationalbank hat das Institut im Januar bereits 42,4 Mio. US-Dollar zur Stützung des Som verkauft.
19.1.2016	Der kirgisische Botschafter in Belarus, Kubanytschbek Omuralijew, stellt auf der ersten Sitzung des Exekutivkomitees der GUS in Minsk das Konzept seines Landes für den Vorsitz der Organisation im Jahr 2016 vor.
20.1.2016	Bei einem Treffen mit dem Präsidenten von Centerra Gold, Frank Herbert, und dem Exekutivdirektor des Unternehmens, Scott Perry, zur Erörterung der Pläne für 2016 erklärt Premier Sarijew, dass weder der bestehende Kumtor-Vertrag noch die Ausgabe neuer Aktien den Interessen Kirgistans entspricht. Die Unternehmensvertreter versprechen, in Zukunft für Achtung ihrer Mitarbeiter gegenüber kirgisischen Werten zu sorgen.
20.1.2016	Der stellvertretende Direktor des Erdöl verarbeitenden chinesischen Gesellschaft Dschunda, der chinesische Staatsbürger Ju Schan Lin, wird wegen Steuerschulden des Unternehmens in Höhe von 54 Mio. Som (711.000 US-Dollar) in Untersuchungshaft genommen. Das Unternehmen war am Vortag von der Finanzpolizei durchsucht worden und hat daraufhin die Tätigkeit eingestellt.

20.1.2016	Das Staatliche Komitee für nationale Sicherheit deckt den bislang größten Fall von Geldwäsche des Landes auf. Zwei Mitarbeiter einer Bank in Osch sollen über eine Schein-Baufirma insgesamt 58 Mio. US-Dollar gewaschen haben.
21.1.2016	Nach Angaben des Vorsitzenden des Sozialfonds, Muchammetkaly Abulgasijew, kommt in Kirgistan auf einen Rentner nur noch ein arbeitender Mensch.
22.1.2016	Präsident Atambajew unterzeichnet das Gesetz zur Auflösung des Vertrages mit Russland über den Bau der Wasserkraftwerke am Naryn vom 20.9.2012, das das Parlament am 20.1. beschlossen hatte.
22.1.2016	Die Menschenrechtsorganisation Bir Duino (Eine Welt) beginnt im ganzen Land mit der Sendung einer Reihe von sowohl kirgisisch- als auch russischsprachigen Radio- und Fernsehbeiträgen über Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit.
22.1.2016	Die Regierung billigt den Entwurf eines Grenzvertrages mit Tadschikistan, der 520 von insgesamt 970 nicht delimitierten Grenzkilometern betrifft. Nach Angaben von Premier Sarijew hat Kirgistan keine offenen Grenzfragen mehr mit China, mit Kasachstan sind nur noch 800 m in Tokmok (Gebiet Tschui) nicht delimitiert.

Tadschikistan

14.12.2015	Nach Angaben der russischen Zentralbank ist die Summe der Rücküberweisungen tadschikischer Arbeitsmigranten in Russland in den ersten neun Monaten 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um rund zwei Drittel auf umgerechnet 358 Mio. US-Dollar zurückgegangen.
14.12.2015	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg verbietet die Auslieferung der Familie einer aus Sicherheitsgründen nicht namentlich genannten tadschikischen Staatsbürgerin von Russland nach Tadschikistan.
15.12.2015	Die ADB teilt mit, dass sie die Unterstützung für den Bau einer Eisenbahnlinie Turkmenistan–Afghanistan–Tadschikistan wegen der sich verschlechternden Sicherheitslage in Afghanistan einstellt. Der turkmenische Streckenabschnitt ist bereits fertiggestellt.
15.12.2015	Nach den neuesten Daten von SIPRI haben sich die Verteidigungsausgaben Tadschikistans in den letzten sieben Jahren von 50 Mio. US-Dollar (2008) auf 104 Mio. US-Dollar mehr als verdoppelt.
15.12.2015	Sieben in Tadschikistan lebende Angehörige des ins Exil gegangenen Führers der seit 2015 verbotenen Partei der Islamischen Wiedergeburt (PIWT), Muchiddin Kabiri, darunter sein 95jähriger Vater, werden von Sicherheitskräften verhört.
16.12.2015	Eine Gruppe tadschikischer Menschenrechtler, Journalisten und Oppositioneller weist in einem offenen Brief an UN-Generalsekretär Ban Ki-moon auf Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Verfolgung der PIWT hin.
16.12.2015	Der Pressedienst des Zentralen Wehrkreises meldet, dass ein motorisiertes Schützenregiment der russischen Militärbasis zwecks Erhöhung der Kampfbereitschaft von Kuljab nach Duschanbe verlegt wurde.
16.12.2015	Premier Kohir Rasulsoda trifft am Rande des Treffens des Rates des SCO-Regierungschefs in Zhengzhou mit seinen chinesischen und afghanischen Amtskollegen Li Keqiang und Abdullah Abdullah zusammen.
17.12.2015	Die tadschikische Telegrafagentur meldet, dass bislang mehr als 500 Menschen, ca. die Hälfte davon Kinder, aus dem von dem Erdbeben am 7.12. am stärksten betroffenen Bartang-Tal (GBAO) evakuiert wurden.
21.12.2015	Das Bildungsministerium verbietet das Aufstellen von Neujahrsbäumen und die Abhaltung von Neujahrsfeiern in Schulen und Universitäten des Landes.
24.12.2015	Das Unterhaus des Parlaments ratifiziert mehrere Abkommen über den Bau der CASA-1000-Hochspannungsleitung in Tadschikistan.
24.12.2015	In Duschanbe finden die ersten Konsultationen zwischen Vertretern der usbekischen und tadschikischen Außenministerien seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 23 Jahren statt. Beide Seiten sind durch stellvertretende Außenminister, Saidikram Nijaschodscharjewa und Parvis Dawlatsod, vertreten.
25.12.2015	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Gesetz, das ihn zum Führer der Nation auf Lebenszeit erhebt. Es war am 9.12. vom Unter- und am 18.12. vom Oberhaus ohne Gegenstimmen gebilligt worden.
29.12.2015	Das geistliche Oberhaupt von Iran, Ali Khamenei, empfängt am Rande einer internationalen Konferenz in Teheran den im Exil lebenden Vorsitzenden der PIWT, Muhiddin Kabiri. Über den Inhalt der Gespräche wird nichts bekannt. Bereits die Konferenzeinladung für Kabiri hatte zu diplomatischem Protest Duschanbes geführt.

2.1.2016	Präsident Rachmon trifft in Begleitung mehrerer Minister zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in Saudi-Arabien ein, wo er mit König Salman und mehreren Ministern zusammentreffen wird. Es sollen mehrere Abkommen, insbesondere aus dem Bereich Zusammenarbeit in Wissenschaft und Technik unterzeichnet werden.
4.1.2016	Präsident Rachmon, seine Frau und zwei seiner Töchter machen eine kleine Wallfahrt (Umra) im Inneren der Kaba.
4.1.2016	Präsident Rachmon wird in Dschidda vom Generalsekretär der Organisation für Islamische Zusammenarbeit (OIC), Iyad Ameen Madani, zu einem Meinungsaustausch empfangen.
4.1.2016	Nach Angaben des Komitees für Jugend, Sport und Tourismus haben 2015 mehr als 463.700 Ausländer Tadschikistan besucht, 413.834 davon als Touristen.
5.1.2016	Präsident Rachmon trifft in Dschidda mit dem Präsidenten der Islamischen Entwicklungsbank, Ahmed Mohamed Ali al-Madani, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit zusammen.
6.1.2016	Die China Nonferrous Gold Limited (CNG) meldet, dass sie am 29.12.2015 in Pakrut, 112 km nordöstlich von Duschanbe, mit der Goldförderung begonnen hat. Das Vorkommen wird auf 156 t Gold geschätzt.
8.1.2016	Das Oberhaupt des Rates der Ulema des Islamischen Zentrums Tadschikistans, Saidmukarram Abdulkodirsoda, verurteilt während des Freitagsgebets in der zentralen Moschee von Duschanbe die Einladung des Vorsitzenden der verbotenen PIWT, Muhiddin Kabiri, zu einer internationalen Konferenz in Teheran. Mit der Einladung und dem Empfang durch den geistlichen Führer, Ali Khamenei, habe Teheran eine terroristische Partei unterstützt.
11.1.2016	Entgegen einer Ankündigung von Präsident Rachmon vor den Parlamentswahlen wird die Erhöhung von Gehältern, Stipendien und Renten wegen der schlechten Haushaltslage auf Mitte 2016 verschoben.
12.1.2016	Präsident Rachmon empfängt den pakistanischen Minister für Wasser und Energie, Khawaja Muhammad Asif, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit, u. a. in Bezug auf CASA-1000. Am Vortag war der Gast bereits mit Außenminister Sirojiddin Aslow zusammengetroffen.
13.1.2016	Asia-Plus berichtet, dass bei dem geplanten Verfassungsreferendum nicht nur über ein verfassungsmäßiges Verbot religiöser Parteien abgestimmt werden solle, sondern auch über eine Herabsetzung des Mindestalters eines Präsidentschaftskandidaten von 35 auf 30 Jahre. RIA Nowosti meldet zudem, dass eine Gruppe von Parlamentsabgeordneten eine Initiative zur Verfassungsänderung bzgl. Präsidentschaft auf Lebenszeit für Rachmon gestartet habe, bzw. einer Aufhebung der Begrenzung der Amtszeiten.
13.1.2016	Das Unterhaus des Parlamentes verabschiedet Gesetzesänderungen, die eine Heirat zwischen Cousinen und Cousins ersten und zweiten Grades verbietet und die Vorlage eines Gesundheitszeugnisses bei Eheschließung vorschreibt. Außerdem wird ein obligatorischer Test auf verschiedene Infektionskrankheiten für zurückkehrende Arbeitsmigranten beschlossen. Arabische Vornamen werden verboten.
13.1.2016	Nach den neuesten Daten des Russischen Föderalen Migrationsdienstes ist die Zahl der tadschikischen Arbeitsmigranten in der RF im Dezember 2016 um 3,8 % auf 862.321 Personen gesunken.
14.1.2016	Asia-Plus meldet unter Berufung auf das Staatskomitee für nationale Sicherheit, dass es 2015 an der Grenze zu Afghanistan dreißig Mal zu Zusammenstößen gekommen ist, bei denen 16 Schmuggler getötet wurden, Sicherheitskräfte kamen nicht um. 106 Personen wurden verhaftet, mehr als 1,2 t Narkotika, darunter 43 kg Heroin und 331 kg Opium, beschlagnahmt.
14.1.2016	Die Website des Bildungsministeriums wird vom tunesischen islamistischen Fallaga-Team gehackt, das dort eine Aufforderung an den russischen Präsidenten Wladimir Putin hinterlässt, die Unterstützung für den syrischen Präsidenten Baschar Assad einzustellen.
14.1.2016	Präsident Rachmon unterschreibt eine Anordnung über die Bildung eines Einigen Kommunikationszentrums für elektronische Verbindungen, über das der gesamte ein- und ausgehende Internet- und Mobiltelefonverkehr des Landes laufen soll.
15.1.2016	Nach Angaben aus dem Komitee für religiöse Angelegenheiten wurde die Altersgrenze für eine Pilgerreise nach Mekka von 35 auf 40 Jahre angehoben.
15.1.2016	Nach den Daten des neuen Global Hunger Index (GHI) hat Tadschikistan mit 33,2 % den mit großen Abstand höchsten Anteil mangelernährter Menschen in den Staaten der GUS.
18.1.2016	Die Nachrichtenagentur Avesta meldet, dass Tadschikistan im Oktober 2015 2,05 Mrd. US-Dollar Außenschulden hatte, ungefähr die Hälfte davon mit China.
18.1.2016	Premierminister Rasulsoda empfängt den Generaldirektor der ADB für Zentral- und Westasien, Sean O'Sullivan, zu Gesprächen über Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit.

19.1.2016	Nach Angaben des Chefs der Agentur für soziale Sicherung und Renten, Safarali Nadschmidinow, betrug die monatliche Durchschnittsrente 2015 230 Somoni (30 US-Dollar). Die Zahl der Personen im Rentenalter ist 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 2,3 % auf knapp 626.000 gestiegen.
19.1.2016	Laut Asia-Plus hat der Somoni trotz Stützungsmaßnahmen der Nationalbank seit dem 1.1.2016 bereits 7,3 % seines Wertes verloren. Im Jahr 2015 war sein Kurs um insgesamt 31,6 % gesunken.
20.1.2016	In seiner jährlichen Rede vor dem Parlament lobt Präsident Rachmon die trotz globaler Wirtschaftskrise positive sozioökonomische Entwicklung Tadschikistans und kündigt u. a. eine Erhöhung der Löhne, Renten und Stipendien um 15–30 % zum 1.6.2016 an.
20.1.2016	Der tadschikische Dienst von RFE/RL berichtet, dass gegen zwei weitere Führungsmitglieder der verbotenen PIWT, das Präsidiumsmitglied Machsumi Abdusattor und den Vorsitzenden einer Gebietsorganisation, Rachmattulla Radschab, wegen Terrorismus, Bildung einer kriminellen Vereinigung und Machtmissbrauch ermittelt wird.
22.1.2016	Die Abgeordneten der unteren Kammer des Parlamentes billigen einstimmig mehr als 40 Verfassungsänderungen, u. a. die Aufhebung der Begrenzung der Zahl der Amtszeiten für Rachmon und die Herabsetzung des Mindestalters für einen Präsidentschaftskandidaten von 35 auf 30 Jahre, und übersendet sie zur Überprüfung an das Verfassungsgericht.
22.1.2016	Das Unterhaus des Parlaments billigt einstimmig eine Gesetzesänderung, mit der Eltern zur Kontrolle der von ihren Kindern besuchten Websites verpflichtet werden.
22.1.2016	Drei Anwälte aus der Türkei und Russland sind in Duschanbe eingetroffen, um mit der inhaftierten Führungsspitze der PIWT Kontakt aufzunehmen, meldet der tadschikische Dienst von RFE/RL.

Turkmenistan

12.12.2015	Der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew trifft am Rande der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag der Verfassung Turkmenistans in Aschhabad mit seinem turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchammedow und dem georgischen Präsidenten Georgij Margwelaschwili zusammen.
12.12.2015	Die Vorsitzende des Föderationsrates der RF, Walentina Matwijenko, bringt bei einem Gespräch mit Präsident Berdymuchammedow am Rande der Feiern zum Verfassungsjubiläum, Visaerleichterungen vorausgesetzt, Turkmenistan als neues Urlaubsziel für russische Touristen ins Gespräch.
12.12.2015	Der usbekische Präsident Islam Karimow ruft während seines Besuches in Aschhabad zu Friedensgesprächen zwischen der afghanischen Regierung und den Taliban auf.
13.12.2015	Der weißrussische Präsident Aleksandr Lukaschenko fordert bei einem Treffen in Aschhabad seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdogan zu einem Schuldeingeständnis und zu Gesprächen zur Beilegung des Konflikts mit Russland auf.
14.12.2015	Der indische Vize-Präsident Mohammad Hamid Ansari, Pakistans Premier, Navaz Sharif, und Afghanistans Präsident, Ashraf Ghani, geben gemeinsam mit Präsident Berdymuchammedow den Startschuss für die Bauarbeiten an der TAPI-Gaspipeline.
15.12.2015	Einem Bericht des Nachrichtenportals Chronika Turkmenistana zufolge wurden anlässlich des Tages der Unabhängigkeit zahlreiche Personen ohne lokale Registrierung (propiska) aus der Stadt verbannt.
17.12.2015	Turkmenistan schickt angesichts des schweren Erdbebens im Autonomen Gebiet Gorno-Badachschan (GBAO) vor zehn Tagen einen Sonderzug mit humanitärer Hilfe nach Tadschikistan.
23.12.2015	Präsident Berdymuchammedow eröffnet mit einer feierlichen Zeremonie eine neue Gaspipeline, die den Osten des Landes mit der Stadt Belek am Kaspischen Meer verbindet und zukünftig den Gasexport Richtung Europa erleichtern soll.
26.12.2015	In Rom wird eine turkmenische Botschaft eröffnet.
2.1.2016	Die russische Nachrichtenagentur RIA Nowosti meldet, dass in Turkmenistan der Mindestlohn ab dem 1.1.2016 auf 590 Manat (ca. 168 US-Dollar) angehoben wurde. Das Einkommen von Staatsangestellten wurde um 10 % erhöht.
3.1.2016	Der Direktor der Abteilung für die GUS-Staaten des russischen Außenministeriums, Aleksandr Sternik, erklärt gegenüber der russischen Nachrichtenagentur Interfax, dass Russland bereit sei, Turkmenistan bei der Sicherung seiner Grenze zu Afghanistan gegen IS-Kämpfer zu unterstützen.
4.1.2016	Präsident Berdymuchammedow entlässt zwölf Bezirksgouverneure.

8.1.2016	Bei einer erweiterten Kabinettsitzung rügt Präsident Berdymuchammedow Zentralbankchef Merdan Annadurdyjew erneut scharf für seine Amtsführung und macht ihn für das Defizit an ausländischer Valuta im Land verantwortlich. Seit Wochen bilden sich vor Banken und an Wechselstuben lange Schlangen.
12.1.2016	RFE/RL meldet, dass turkmenische Banken auf Weisung der Zentralbank bis auf weiteres den Verkauf von ausländischen Währungen eingestellt haben. Angesichts einer drohenden Devaluation des Manat steigt der Schwarzmarktkurs des US-Dollars zum Manat von 1:3,6 auf 1:4,2.
13.1.2016	Zahlreiche Mitarbeiter von Sicherheitsbehörden in Aschhabad werden von ihren Vorgesetzten unter Androhung des Verlusts des Arbeitsplatzes aufgefordert, ihre Kinder von einer russischsprachigen Eliteschule zu nehmen und auf turkmenische Schulen zu schicken.
15.1.2016	Der Staatskonzern Turkmengaz meldet, dass die russische Gazprom zum 1.1.2016 den Liefervertrag für turkmenisches Gas einseitig aufgekündigt hat.
15.1.2016	Die Nato-Beauftragte für die Zusammenarbeit mit den Staaten Zentralasiens, Rosaria Puglisi, trifft in Aschhabad zu bilateralen Gesprächen im Außenministerium ein.
16.1.2016	Internationale Medien berichten von einem Verschwinden von Zigaretten aus Geschäften, das nationale Fernsehen zeigt Bilder von der Verbrennung riesiger Mengen von illegal eingeführten Zigaretten.
16.1.2016	Präsident Berdymuchammedow rügt bei einer erweiterten Kabinettsitzung erneut scharf den Chef der nationalen Fluglinie Turkmenhowajollary, M. Ajasow, für Nachlässigkeiten bei der Behebung von Sicherheitsmängeln an Flugzeugen.
19.1.2016	Präsident Berdymuchammedow rügt bei einem Arbeitstreffen Justizminister Bekmyrat Muchamedow scharf für Nachlässigkeiten in der Amtsführung.
20.1.2016	Der Vize-Aufsichtsratschef von Gazprom, Aleksandr Medwedjew, teilt bei einer Pressekonferenz mit, dass die nicht konstruktive Haltung der turkmenischen Führung bei der Verhandlung des Lieferpreises für Gas für die Aufkündigung des Liefervertrages verantwortlich sei.

Usbekistan

14.12.2015	Nach Angaben von Menschenrechtlern ist der am 16.11. wegen Machtmissbrauch verhaftete Menschenrechtsanwalt Uktam Pardajew auch eine Woche nach Zahlung der festgesetzten 3,48 Mio. Sum (ca. 1.200 US-Dollar) noch nicht frei.
14.12.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Frauen, die in der Öffentlichkeit mit Kopftuch und islamischer Kleidung auftreten, derzeit in Taschkent mit Geldstrafen von bis zu 700.000 Sum (246 US-Dollar) oder zwei Jahren Freiheitsentzug bestraft würden, was bei gläubigen Musliminnen einem Hausarrest gleichkäme.
14.12.2015	Nach Angaben der russischen Zentralbank hat sich die Summe der Rücküberweisungen usbekischer Arbeitsmigranten aus Russland in den ersten neun Monaten 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit 725 Mio. US-Dollar mehr als halbiert.
15.12.2015	GM Uzbekistan kündigt eine Preissteigerung um ca. 30% für usbekische Käufer seiner Autos ab dem 1.1.2016 an.
15.12.2015	Ein Gericht im schwedischen Östersund verurteilt den des Mordanschlags auf den bekannten Imam Obidchon Kori Nasarow in Stromsund angeklagten usbekischen Staatsbürger Jurij Dschukowskij zu 18 Jahren Haft und anschließender Ausweisung. Der Staatsanwalt hatte lebenslänglich beantragt und eine Verbindung offizieller usbekischer Stellen mit dem Attentat vermutet. Nasarow befindet sich seit dem Anschlag im Februar 2012 im Koma.
15.12.2015	Der erste stellvertretende Premierminister Rustam Asimow lehnt auf der Sitzung des Rates der Regierungschefs der SCO-Staaten im chinesischen Zhengzhou die Erörterung eines zuvor vom chinesischen Premier Li Keqiang vorgestellten Projektes einer Freien Wirtschaftszone innerhalb der Organisation ab.
15.12.2015	Der Pressedienst der Stadtverwaltung von Taschkent kündigt an, dass 2016 im gesamten Stadtgebiet, auch den Mahallas, Überwachungskameras zur technischen Überwachung sowie Sicherstellung der gesellschaftlichen Ordnung installiert werden.
17.12.2015	In Angren (Gebiet Taschkent) wird erneut der Menschenrechtler Dmitrij Tichonow festgenommen,
18.12.2015	Rund 200 Bewohner eines Stadtteils von Fergana (Gebiet Fergana) blockieren aus Protest gegen den Ausfall der Gasversorgung eine Stunde lang die Straße Fergana–Margilan. Die Proteste werden mehrere Tage lang fortgesetzt, nachdem es den Verantwortlichen nicht gelingt, das Problem zu lösen.
22.12.2015	In Moskau wird der ehemalige usbekische Vize-Premier Walerij Atajew festgenommen, dem in Usbekistan Unterschlagung von Staatsgeldern und Machtmissbrauch vorgeworfen werden. Atajew ist inzwischen russischer Staatsbürger.

22.12.2015	Die iranische Nachrichtenagentur IRNA meldet, dass Iran und Usbekistan eine Erhöhung der Zahl der Direktflüge von zwei auf 16 pro Woche vereinbart haben.
22.12.2015	Die bekannte usbekische Schlagersängerin Juldus Usmanova stellt in Taschkent einen neuen, Präsident Karimow als Padischah (Herrscher) gewidmeten Song vor.
24.12.2015	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass auf dem Flughafen von Taschkent ankommende Passagiere, besonders aus der Türkei, von einer speziellen Anti-IS-Sicherheitsgruppe befragt werden.
27.12.2015	Der usbekische Fußball-Schiedsrichter Rawschan Irmatow wird in Dubai mit dem Globe Soccer Award der European Coaching Association ausgezeichnet. Irmatow hat bereits 139 Länderspiele gepfiffen, bei der WM 2014 war er der einzige aus der GUS stammende Unparteiische.
28.12.2015	Norma.uz publiziert eine von Präsident Karimow am 21.12. unterschriebene Verordnung, nach der Aktiengesellschaften verpflichtet werden, mindestens 15 % ihrer Anteile an ausländische Investoren zu vergeben. Man erhofft sich davon Modernisierung und Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit.
28.12.2015	Bahodir Kurbanow ersetzt Mirsamad Odilow als Polizeichef von Taschkent. Die Umbesetzung wird in Zusammenhang mit scharfer Kritik von Premierminister Schawkat Mirsijjew an der Arbeit der Sicherheitskräfte des Landes gesehen.
29.12.2015	Nach der neuesten auf der Website des Außenministeriums publizierten Liste sind insgesamt 30 ausländische Journalisten im Lande akkreditiert, davon 14 aus der VR China, fünf aus der Türkei und zwei aus Russland.
1.1.2016	Aufgrund von Steuererhöhungen steigen die Preise u. a. für Benzin und Diesel, aber auch Alkohol. Die Strafen für Rauchen und Alkoholkonsum an öffentlichen Orten werden ebenfalls angehoben.
1.1.2016	Ab 2016 sind ausländische Manager usbekischer Aktiengesellschaften von der Zahlung von Einkommenssteuer befreit.
4.1.2016	Aus der russischen Gazprom wird bekannt, dass das Unternehmen Ende 2015 Verhandlungen mit Usbekistan über eine Erhöhung der Gaslieferungen 2016 zu einem erfolgreichen Ende gebracht hat. Geplant sind bis zu 3,1 Mrd. m ³ .
6.1.2016	Neueste Weltbankprognosen gehen für 2016 von einem Wirtschaftswachstum von 7,5 % für Usbekistan aus.
7.1.2016	Die BBC meldet, dass der von höchster Ebene abgesegnete geplante Abriss eines 700 Jahre alten Minarets in Andischan (Gebiet Andischan) nach Protesten von Denkmalschützern und der örtlichen Bevölkerung nun doch nicht durchgeführt wird.
7.1.2016	Ein Gericht im US-Staat Idaho verurteilt den usbekischen Flüchtling Fasliddin Kurbanow wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und illegalem Sprengstoffbesitz zu einer 25jährigen Freiheitsstrafe. Der 33jährige soll in Kontakt mit der IMU gestanden und Anschläge in den USA geplant haben.
9.1.2016	RFE/RL meldet unter Berufung auf usbekische Menschenrechtler, dass derzeit in Usbekistan 12.800 Menschen aufgrund ihres Glaubens inhaftiert seien, fast 300 davon wurden allein 2015 festgesetzt.
11.1.2016	Der seit November 2015 in Untersuchungshaft befindliche Menschenrechtler Uktam Pardajew wird im Rahmen einer Amnestie freigelassen, dem Vernehmen nach unter der Auflage, sich in den nächsten drei Jahren nicht mit Menschenrechtsarbeit zu beschäftigen.
11.1.2016	RFE/RL meldet unter Berufung auf Quellen aus dem nationalen Sicherheitsdienst, dass der Führer der islamistischen Akramija-Bewegung, Akrom Juldaschew, der 1999 nach mehreren Bombenanschlägen in Taschkent zu 17 Jahren Haft verurteilt worden war, bereits 2010 an Tuberkulose gestorben sei.
13.1.2016	Anlässlich des 24. Jahrestages der Bildung der nationalen Streitkräfte am 14.1. fordert Präsident Karimow angesichts der wachsenden äußeren Bedrohungen eine weitere Reformierung und Modernisierung der Armee.
13.1.2016	Nach Angaben des Russischen Föderalen Migrationsdienstes ist die Zahl der Usbeken in der RF im Dezember 2015 um 4,1 % gesunken, im Vergleich zum Jahr 2014 sogar um 22,2 %. Derzeit leben mehr als 1,8 Mio. Usbeken in Russland.
14.1.2016	Die Schweizer Zeitschrift L'Hebdo berichtet von einem Brief des usbekischen Justizministers Musraf Ikramow an das zuständige New Yorker Gericht vom 4.1.2016, in dem er die im Zusammenhang mit den Korruptionsfällen um die ausländischen Telekommunikationsfirmen TeliaSonera, VimpelCom und MTS auf westlichen Banken eingefrorenen mehr als 1 Mrd. US-Dollar zurückfordert. Die für die Straftaten Verantwortlichen seien inzwischen verurteilt, das Geld stehe dem usbekischen Staat als eigentlich Geschädigtem zu.
14.1.2016	Der Verkauf von PKWs durch GM Usbekistan in Russland ist 2015 um 46 % auf nur noch insgesamt 20.451 Autos zurückgegangen.

15.1.2016	Der usbekische Dienst von RFE/RL berichtet, dass Polizisten in Fergana und vermutlich auch anderen Gebieten Usbekistans ihre Gehälter wegen Geldmangel nur teilweise überwiesen bekommen.
15.1.2016	Gazprom international meldet für 2015 eine Steigerung der Gasförderung in Usbekistan um 6% auf 350 Mio. m ³ .
15.1.2016	Auf einer erweiterten Sitzung des Ministerkabinetts fordert Präsident Karimow bis 2030 eine Verdoppelung des BIP Usbekistans. 2015 lag das BIP-Wachstum nach seinen Worten bei 8%, für 2016 sind 7,8% angestrebt. Bis 2030 soll auch der Baumwollanbau reduziert und der Anbau von Lebensmitteln entsprechend gesteigert werden.
15.1.2016	Im Vorfeld des USA-Besuches von Außenminister Abdulasis Kamilow fordern Menschenrechtler von seinen amerikanischen Gesprächspartnern, die Freilassung von politischen Gefangenen anzusprechen.
16.1.2016	RFE/RL meldet, dass usbekische Exiloppositionelle ein Online-Radio mit Namen Tug'yon gestartet haben, das zwei Mal pro Woche Gespräche mit Menschenrechtlern, Oppositionellen, Künstlern etc. senden wird.
19.1.2016	Außenminister Kamilow erörtert am Rande der sechsten Runde der jährlichen usbekisch-amerikanischen Konsultationen mit U.S. Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Nisha Desai Biswa, Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit. Auch Menschenrechte sollen angesprochen worden sein.
20.1.2016	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik waren 2015 knapp 500 Unternehmen mit ausländischer Beteiligung in Usbekistan registriert, mit 107 war China am stärksten vertreten.
21.1.2016	Eine Gruppe von Abgeordneten des deutschen Bundestages erörtert im Außenministerium in Taschkent Fragen der bilateralen Beziehungen und Möglichkeiten der interparlamentarischen Zusammenarbeit.
21.1.2016	Präsident Karimow unterzeichnet den neuen Zollkodex, der in drei Monaten in Kraft treten wird.
22.1.2016	Die vietnamesische Kossor Operating Company teilt mit, dass sie wegen der schwierigen Lage auf dem globalen Öl- und Gasmarkt die Exploration im Kossor Investment Block einstellt.

Sie können die gesamte Chronik seit 2008 auch auf <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Zentralasien-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH und von der GIZ unterstützt.



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortliche Redakteurin: Beate Eschment

Redaktionsassistentz: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Alle Ausgaben der Zentralasien-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2016 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php